

Vatter, Adrian: Das politische System der Schweiz.  
Baden-Baden: Nomos 2014,  
589 Seiten, € 29,99.



In der vergleichenden Politikwissenschaft nimmt das politische System der Schweiz in vielerlei Hinsicht eine Sonderrolle ein: Durch das einzigartige Zusammenspiel seiner Institutionen entzieht sich das eidgenössische Regierungssystem einer eindeutigen Zuordnung in die Parlamentarismus-Präsidentialisismus-Typologie. Zudem verfügt die Schweiz „über die weitestgehenden direktdemokratischen Möglichkeiten aller etablierten Demokratien“ (S. 57). Im dichotomen Demokratiemodell Arend Lijpharts („Patterns of Democracy“ 1999, 2012) gilt die Schweiz als Prototyp der Konsensdemokratie.

Das jüngste Werk des Berner Politologen Adrian Vatter beleuchtet diesen Sonderstatus der Schweiz. Mithilfe eines intertemporalen und eines internationalen Vergleiches ergründet der Autor, „wo es sich bei den politischen Institutionen der Schweiz um historisch gewachsene Besonderheiten und wo es sich um bloße Variationen grundlegender Gemeinsamkeiten mit anderen modernen Demokratien handelt“ (S. 34). Von einschlägigen Studien politischer Systeme unterscheidet sich das Werk insofern, als Vatter die Untersuchung des politischen Systems der Schweiz nicht auf die nationalstaatliche Ebene be-

schränkt. Vielmehr erweitert er die Forschungsperspektive durch einen subnationalen Vergleich, um „das stark föderalistisch geprägte Politiksystem der Schweiz mit all den kantonalen Unterschieden in seiner ganzen Tiefe und Breite zu erfassen“ (S. 34).

Lijpharts Modell der Unterscheidung in Konsens- und Mehrheitsdemokratien dient Vatter als theoretischer Analyserahmen. Der Autor modifiziert den zweidimensionalen Ansatz, um den Besonderheiten der Schweiz Rechnung zu tragen: Das Strukturmerkmal „Zentralbank“ ersetzt er durch das der „Direkten Demokratie“. Die Logik der direkten Demokratie bestimmt das schweizerische Demokratiemodell und hat erst zu seiner spezifischen Ausprägung beigetragen. Mit der Einführung des Strukturmerkmals „Direkte Demokratie“ erweitert Vatter nicht nur den Variablenkatalog des Demokratiemodells theoretisch und empirisch. Er führt zur Exekutiv-Parteien- und zur föderal-unitarischen Dimension eine dritte Machtteilungsebene ein: die Machtdispersion zwischen Volk und politischer Elite. Die Wahl des Erklärungsansatzes gründet auf Vatters Interesse, nachzuzeichnen, inwieweit sich die Schweiz in den vergangenen zwei Jahrzehnten vom einstigen Idealtyp einer Konsensdemokratie entfernt hat. Anders als Lijphart sieht Vatter die Eidgenossenschaft nicht mehr als „Extremtyp“ (S. 527) einer Konsensdemokratie. Vielmehr habe sich die Schweiz in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem konsensdemokratischen Normalfall entwickelt, bedingt durch einen konfrontativeren Stil der politischen Elite.

Das Einleitungskapitel und die vergleichende Einordnung in der Schlussbetrachtung bilden die Klammer um die

zehn Kapitel des Bandes. In Kapitel zwei bis sechs erörtert Vatter die Strukturvariablen der Exekutive-Parteien-Dimension (Wahlsystem, Parteiensystem, Verbandssystem, Regierung und Parlament). Dessen folgt die Analyse der vertikalen Machtteilungsdimension (föderal-unitarisch) mit den Strukturelementen Zweikammersystem, Verfassung, Föderalismus und Justiz; unterbrochen durch das achte Kapitel zur Direktdemokratie. Die Gesamtdarstellung des politischen Systems bleibt auf die Strukturen (polity) und Prozesse (politics) begrenzt; Politikfelder (policy) berücksichtigt Vatter in seiner Untersuchung nicht. Abgerundet wird jedes der eigenständigen Kapitel durch ein Literaturverzeichnis, das als Ausgangspunkt für weiterführende Recherchen dienen kann sowie durch einen Katalog von Verständnisfragen; beides unterstreicht den Lehrbuchcharakter.

Vatter verweist an verschiedenen Stellen auf die „europäische Verflechtung der schweizerischen Politik“ (S. 247); eine ausführliche Erörterung der Beziehung zur Europäischen Union bleibt der Politikwissenschaftler ob des eng gewählten Analyserahmens schuldig. Durch die Rolle der EU als potenziell institutioneller Vetospieler hätte die Monographie von einer Ergänzung des Lijphartschen Analysekonzeptes um das Merkmal „Beziehung zur Europäischen Union“ profitiert.

Gewinnbringend ist die Lektüre der Studie aufgrund ihrer gelungenen Ausarbeitung zur direkten Demokratie und des subnationalen Vergleiches – beides sind Forschungsschwerpunkte des Autors. Die instruktiven Ausführungen zu den kantonalen Ausprägungen der plebiszitären Elemente verdeutlichen die Rolle der Kantone als „Experimentier-

feld und Versuchslabor des Bundes“ (S. 32). Stärker ausgebaut als auf der Bundesebene variieren die Volksrechte in den Kantonen beträchtlich. Zwischen der Anwendungshäufigkeit der direktdemokratischen Institutionen und den institutionellen Hürden besteht wider Erwarten kein Zusammenhang. Für die Regierungssystemanalyse von Mehrebenensystemen dürfte die Einbeziehung der subnationalen Ebene Vorbildwirkung entfalten.

PEGGY MATAUSCHEK

---

